

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration – Einstufung Gambias und weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer – Drucksache 16/668 – 31.01.2018 – Rainer Hinderer MdL

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Drei Vorbemerkungen: Zum Ersten nehmen wir wahr, dass sich die Koalitionsfraktionen GRÜNE und CDU in dieser Frage nicht einig sind. Insofern wird es auch keine Initiative der Landesregierung geben. Das ist auch gut so.

Zum Zweiten in Richtung der FDP/DVP: Auch wenn Sie das nicht vorhatten oder zumindest abgestritten haben, Herr Kollege Goll, ist der Antrag natürlich Wasser auf die Mühlen der AfD, wie Kollege Rottmann gerade bestätigt hat.

Zum Dritten noch eine Frage, die dann vielleicht der Innenminister nachher beantwortet – er war bei den Sondierungen dabei –: Gab es tatsächlich eine Einigung auch mit den Grünen, dass Staaten, die eine Anerkennungsquote von unter 5 % hatten, zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollten? Das war eine neue Information für uns, aber durchaus interessant.

Flüchtlinge aus Gambia – das wurde bereits gesagt – haben sicher eine besondere Bedeutung für Baden-Württemberg. Aufgrund des bundesweiten Verteilerschlüssels wurden Menschen aus diesem kleinsten afrikanischen Land in den letzten Jahren überwiegend Baden-Württemberg zugewiesen. Erst Mitte 2017 wurde der Verteilerschlüssel geändert. Trotzdem leben 11 000 Menschen aus Gambia bei uns in Baden-Württemberg.

Herr Kollege Goll, wenn Sie Gambia als sicheres Herkunftsland deklarieren wollen, dann wäre es schon gut gewesen, wenn Sie vielleicht wenigstens einen Satz zur Situation in Gambia gesagt hätten. Sie haben nur zur Situation der Gambier bei uns etwas gesagt. Menschen in Gambia sind nicht nur vor wirtschaftlich desolaten Bedingungen, vor hoher Arbeitslosigkeit geflohen, sondern bis vor einem Jahr auch vor der brutalen Diktatur von Yahya Jammeh – Yahya Jammeh; ich weiß nicht, ob ich es richtig ausgesprochen habe, aber so heißt er –, der die Opposition unterdrückte, regierungskritische Journalisten ins Gefängnis steckte, Homosexuelle bekämpfte. Das Auswärtige Amt warnte vor willkürlichen Verhaftungen, und Menschenrechtsorganisationen sprachen von Folter und Hinrichtungen ohne Urteile. Seit der Absetzung des Diktators Anfang 2017 gibt es in der Tat Hoffnung, dass das Leben in Gambia wieder erträglicher werden wird und Menschen weniger Grund haben, aus ihrer Heimat zu fliehen. Angesichts der in der Tat relativ geringen Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus Gambia ist es umso wünschenswerter, wenn Gambia es schafft, zu einem demokratischen Staat zu werden, und die gefährliche Flucht unterbleibt. Ich denke, es ist wichtig, dass der neue Präsident Adama Barrow von uns auch die Unterstützung bekommt, um den Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben. Allerdings, Herr Kollege Lorek, besteht aufgrund unseres Asylrechts überhaupt kein Zusammenhang zwischen der Frage „Was sind die Fluchtursachen im Herkunftsland?“ und der Frage „Ist es dann ein sicheres

Herkunftsland?“ und dem Kriminalitätsgeschehen bei uns im Land. Es ist auch gut, dass es hier keinen Zusammenhang gibt. Trotzdem wollen wir überhaupt nicht verschweigen, dass Gambier in Baden-Württemberg auch große Probleme bereiten und im Bereich des Drogenhandels hier sehr aktiv sind. Das ist eine Belastung für die Sicherheit unserer Kommunen. Die 4 500 registrierten Straftaten oder Beteiligungen bei Straftaten sind 4 500 zu viel und müssen mit aller Härte des Gesetzes verfolgt werden. Allerdings – ich habe vorhin gefragt –: Unter den gefährlichen Ausländern, mit denen sich der Sonderstab befasst, war zumindest bisher kein Gambier. Wir merken aber auch nichts vom angekündigten Abschiebeeifer unseres Innenministers; ein solcher Eifer ist nicht zu spüren. Das hat aber auch einen Grund. Denn in der Regel bestehen Abschiebehindernisse, die überhaupt nichts damit zu tun haben, ob es sich um ein sicheres Herkunftsland handelt. Vielmehr bestehen rechtliche Vorbehalte, dass dann, wenn die Identität nicht geklärt ist, wenn keine Passpapiere vorliegen, wenn die gambische Regierung auch nicht zur Zusammenarbeit bereit ist, nicht abgeschoben werden kann. Das hat wiederum nichts mit der Frage zu tun, ob es sich um ein sicheres Herkunftsland handelt.

Letzte Anmerkung: Wir haben viele Gespräche, auch mit Handwerkern und der Handwerkskammer, geführt. Ein Ergebnis war, dass gerade Gambier bei den Handwerkern in unserem Land sehr gut angesehen sind; viele Gambier sind begabt. Deshalb sollten wir hier nicht alle Gambier über einen Kamm scheren.

Letzter Satz, in Richtung FDP/DVP: Auch Sie fahren hier keine klare Linie. Sie haben einen Antrag gestellt, in dem Sie darauf abzielen, dass Personen, die eine Ausbildung machen – darunter sind auch einige Gambier –, eine bessere Bleibeperspektive erhalten – 3+2-Regelung –, wovon auch die Handwerksbetriebe profitieren. Insofern sollten Sie Ihre Anträge, die Sie stellen, auch einmal nebeneinanderlegen und schauen, was eigentlich Ihre Absicht ist.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.